

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graumann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Restanten 30 Pf.

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir zugleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den Kammer- und Reichstags-Berichten, aus den lokalen und provinziellen Begebenheiten darbieten, die Schnelligkeit unserer Telegraphischen Depeschen (auch über den Schiffsverkehrs) und anderen Nachrichten, für deren schnellste Uebermittlung wir ein eigenes Bureau in Berlin errichtet haben, ist so bekannt, daß wir es uns verlagern können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Ebenso werden wir auch ferner für ein interessantes und spannendes Feuilleton Sorge tragen.

Der Preis der täglich zweimal erscheinenden Stettiner Zeitung beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur zwei Mark, in Stettin in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.

Die Stettiner Zeitung ist daher die billigste politische Zeitung, welche täglich zweimal und in einem so großen Formate erscheint und den Lesern eine solche von keinem andern hiesigen Blatte auch nur annähernd erreichte Fülle von Nachrichten bringt. Wir weisen auch noch besonders darauf hin, daß unsere Stettiner Zeitung die Nachrichten über die Berliner und hiesige Getreide-, Waaren- und Fondsbörse bereits im Abendblatt des gleichen Tages veröffentlicht und diese Nachrichten daher den hiesigen und auswärtigen Interessenten auf das aller schnellste übermittelt.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 15. März.

Deutscher Reichstag.

191. Plenarsitzung vom 15. März, 1 Uhr.

Eingegangen: Anlieferungsvertrag mit den Niederlanden.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die dritte Lesung des Schuldenentlastungsgesetzes. Die definitive Annahme erfolgt debattelos.

Es folgen Petitionen. Ohne jede Debatte wird eine Petition betr. Errichtung eines Postgebäudes in Tondern der Regierung zur Kenntnisnahme und Petitionen betr. Ergänzung des § 22 des Preßgesetzes (Verhütung von Anlässen gegen Verleger) der Regierung zur Erwägung überwiesen.

Eine Petition betr. Rückerstattung von Kronaufgebühren, die während des Volkskrieges mit Aufstand in russischen Häfen erhoben wurden, beantragt die Kommission durch Uebergang zur Tages-Ordnung zu erledigen.

Abg. J. E. J. (n.) beantragt, die Petition dem Reichstanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. Es würde eine Grausamkeit gegen die seiner Zeit schwer geschädigten Interessenten sein, wollte man über ihr Verlangen so ohne Weiteres zur Tagesordnung übergehen.

Director im Reichstagsamt von Körner bittet gleichwohl, es bei dem Beschluß der Kommission zu belassen, worauf nach kurzer Entgegnung des Abg. J. E. J. der Antrag J. E. J. angenommen wird.

Es folgen noch einige weitere Petitionen, die sämtlich debattelos nach den Vorschlägen der Kommission erledigt werden. So wird eine Petition betr. Nichtentlastbarkeit der an ausländischen Werten abgeschlossenen Blanko-Terminkaufe in Getreide und Mehl dem Reichstanzler zur Erwägung, eine Petition betr. Verhütung des Mädchenhandels desgl. zur Berücksichtigung, und eine Petition betr. die schwebenhafte Daueranfrage-Anfragen für dänisches Vieh desgl. zur Kenntnisnahme bzw. Erwägung überwiesen. Es handelt sich dabei um Schließung der Land-Quarantäne-Quidding (welches Verlangen „zur Kenntnisnahme“) und der See-Quarantänen Kiel und Flensburg (welches Verlangen dem Reichstanzler „zur Erwägung“) überwiesen wird.

Damit ist um Punkt 2 Uhr die Tages-Ordnung erschöpft.

Darauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 2 Uhr.
Tagesordnung: Anlieferungsvertrag mit den Niederlanden; Auswanderungsgesetz.
Schluß 2 Uhr.

E. L. Berlin, 15. März.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

50. Plenar-Sitzung vom 15. März, 11 Uhr.

Am Ministertische: Thiele und Kommissar.

Von den Direktoren der Universität und der technischen Hochschule zu Charlottenburg sind Einladungen zu den an diesen Anstalten stattfindenden Zentenarfeierlichkeiten eingegangen.

Die Spezialberatung des Eisenbahn-Gesetzes wird bei dem Ausgabe-Kapitel „Ministerialabteilungen — Befolgungen“ fortgesetzt.

Abg. G. Orke (Ztr.) beklagt sich über die Verzögerung des Bahnbaues Kofel-Kolwig-Kantich und wünscht eine Sekundärbahn in dortiger Gegend.

Minister Thiele erwidert, daß die Gemeinden die für den Bahnbau nötigen geologischen Vorbedingungen erst seit Kurzem erfüllt haben und der Bau nunmehr durchgeführt werden soll. Die Frage der Nebenfragen bittet er bei der Sekundärbahn-Vorlage zu erörtern.

Nach einer längeren Geschäftsordnungs-Debatte spricht der Präsident die Bitte aus, zur Förderung der Beratung die Wünsche bezüglich neuer Nebenbahnen hier nicht vorzubringen, sondern bis zur Sekundärbahn-Vorlage zu verschieben. Wünsche bezüglich bestehender Nebenbahn-Linien können bei dem Etats-Vorschritt vorgebracht werden.

Abg. von Kiepenhausen (Konf.) hat verschiedene Wünsche in Bezug auf den Verkehr der pommerschen Bahnen, namentlich sei eine Schnellzugsverbindung Danzig-Samburg über Stettin, statt wie bisher über Berlin nötig. Man solle nicht den Reiseverkehr unnötig in Berlin zusammenbrängen.

Abg. D.umann (Ztr.) wünscht, daß durch rationelle Entwicklung des Nebenbahnwesens die Landwirtschaft leistungsfähiger gemacht werde und schlägt in diesem Sinne einige Verbesserungen für Westfalen vor.

Abg. Müller (natl.) hat lokale Wünsche bezüglich einiger ober-schlesischer Bahnverbindungen.

Abg. Freiherr von Schnaken (Ztr.) ebenfalls bezüglich der Gegend von Jülich.

Abg. Conrad-Granden (frk.) wünscht eine Schnellzug-Verbindung Graubenz-Berlin.

Abg. de Witt (Ztr.) eine Bahnverbindung Bergisch-Stadbach-Wipperfurth-Dalme und zwar als Vollbahn, nicht als Nebenbahn, wie sie projektiert ist.

Abg. Müller (natl.) schließt sich diesem Wunsch an und bittet den Minister, sich durch Quartierbereiten in den betreffenden Kreisen nicht beeinflussen zu lassen.

Abg. King (Konf.) bittet um Beilegung des Baues der Linie Wittenhausen-Beeskow.

Abg. Meis (Ztr.) wünscht im Interesse der ländlichen Bevölkerung eine Haltestelle bei dem Orte Mayen bei Kolberg.

Abg. Szmul (Ztr.) hält eine Bahn von Sorau nach der österreichischen Grenze für sehr empfehlenswert, um die in ihrem Vorhandensein schnell zurückgehende Stadt Sorau zu heben.

Ohne weitere erhebliche Debatte wird der Rest des Ordinariums genehmigt.

Beim Extraordinarium wünscht

Abg. Dr. Groth (nl.) im Anschluß an die Linie Hagenow-Idesioe eine Linie Segeberg-Kiel und Kiel-Mensburch.

Gef. Rath Schröder erwidert, daß darüber Verhandlungen schweben.

Abg. King (L.) äußert Wünsche bezüglich der Bahnhofsanlage in Lichterfelde (Unterführung der Wilhelmstraße und Zugang zum Bahnhof von der Offerte).

Gef. Rath Schröder entgegnet, daß diese Wünsche lediglich im Interesse der Anlieger wären und daß daher die Kosten von diesen getragen werden müßten.

Abg. Dobrecht (natl.) unterstützt die Wünsche des Abg. King und bemängelt die beabsichtigte Verlegung des Vorortverkehrs vom Anhalter nach dem Potsdamer Bahnhof in Berlin, wodurch zahlreiche Geschäftsleute am Anhalter Bahnhof geschädigt und der Verkehr am Potsdamer Platz bedeutend gesteuert würde.

Abg. Szmul (Ztr.) klagt über die Bahnhofszustände in Reibe.

Abg. Dr. Neccerus über die Unzulänglichkeit des Bahnhofs Kassel.

Minister Thiele erkennt das Bedürfnis eines Umbaus an. Man habe in diesem Jahre nur dringenderen Projekten den Vorrang lassen müssen; auch seien die Studien über die Art des Umbaus noch nicht abgeschlossen.

Abg. v. Pappenheim (Konf.) bemerkt, daß er die Dringlichkeit dieses Umbaus schon vor 10 Jahren betont habe. (Seiterteil.)

Abg. Dr. G. (natl.) empfiehlt, aus Anlaß eines Spezialfalls in Bodenfelde, statt bloßer Kostensprüche nur Garantieleistung von den Interessenten für solche Anlagen zu fordern, die wesentlich diesen zu Gute kommen.

Minister Thiele entgegnet, dies würde neue Spezialrechnungen über die Rentabilität solcher Anlagen erfordern, und dazu lie die Verwaltung außer Stande.

Abg. Schulz-Vohum (ntl.) bringt, wie schon öfter, die schlechten Bahnhofsverhältnisse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet zur Sprache, namentlich auf die Verhältnisse in Bochum und Witten eingehend.

Minister Thiele: Die Schuld daran, daß hier noch nicht Abhilfe geschaffen ist, liegt nur an der Weigerung der Städte, einen angemessenen Kostenbeitrag zu leisten.

Abg. Schulz-Vohum: Die bisherigen Forderungen der Eisenbahnverwaltung waren eben nicht angemessen.

Abg. Müller (ntl.) hat ähnliche Wünsche für Bielefeld.

Minister Thiele sagt möglichsten Entgegenkommen zu.

Ohne weitere erhebliche Debatte wird der Rest des Extraordinariums genehmigt.

Sodann verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Etat des Handelsministeriums.
Schluß 4 1/2 Uhr.

Zur Bewegung auf Kreta.

Köln, 15. März. Aus Kanea wird der „Köln. Bzg.“ von gestern telegraphiert: Der Kommandant von Selino Hussein Bey Janitschkarali Win gab heute im Auftrage der mohamedanischen Bevölkerung in Selino folgende Erklärung ab:

Wir begrüßen die freundliche Nachricht einer bevorstehenden Befreiung der Insel durch die europäischen Truppen und hoffen, daß diese Truppenmacht stark genug bemessen werden wird, uns wieder in unseren Besitz einzufügen und darin zu sichern. Nur wenn die künftige Verwaltung der Insel unter dauernder, wirklich ausgeübter Aufsicht Europas steht, ist uns Ruhe und Ordnung verbürgt. Bei einem Abzug der europäischen Truppen ist unser ferneres Verbleiben auf der Insel unmöglich.

Wien, 15. März. Das „Freundenblatt“ meldet offiziell, daß die Verhandlungen der Mächte darüber fortbauern, in welcher Weise den Aufständischen auf Kreta der Beschluß wegen Einführung der Autonomie mitgeteilt werden soll. Was die Befreiungen an die Admirale über die zu ergreifenden Zwangsmaßnahmen betrifft, so dürften sie bereits von allen Regierungen mitgeteilt sein.

Wie hier verlautet, wird die Flotade Kretas und einiger Häfen Griechenlands am Mittwoch beginnen.

Paris, 14. März. Die hiesige griechische Gesandtschaft übermittelte der „Agence Havas“ ein Antwortschreiben der Führer der Aufständischen auf Kreta an den griechischen Kommandanten Meined, um zu beweisen, daß letzterer, entgegen den Angaben der Mächte, die Kreter von dem Beschluß der Mächte hinsichtlich der Autonomie unterrichtet hat.

In Parlamentenkreisen wird berichtet, die heutige Erklärung Hanotaus in der Deputiertenkammer werde das völlige Einvernehmen der Mächte feststellen und betonen, daß der Friede demzufolge als gesichert anzusehen sei. Die meisten Blätter hoffen, die Kammer werde Hanotaus ermächtigen, am europäischen Kongress auch fernerhin teilzunehmen, da gegenwärtig nichts unheilvoller wäre, als eine Isolierung.

In Betreff der Mittheilung der griechischen Gesandtschaft, worin dieselbe die Meldung der Blätter, speziell der „Times“, für falsch erklärt, daß der griechische Kommandant Meined den Insurgenten die Erklärung der Admirale nicht mitgeteilt habe, weisen die hiesigen Blätter darauf hin, daß diese Mittheilung der Gesandtschaft dem Kern der Frage answeicht. „Der Hauptpunkt“, führen die Blätter aus, „ist zu wissen, ob, ja oder nein, Meined den Aufständischen die Proklamation der Admirale mitgeteilt hat, welche bekannt machte, daß die Mächte beschlossen hatten, Kreta Autonomie zu verleihen. Die langen Auseinandersetzungen des Kommandanten der Gesandtschaft bringen aber hierüber keinerlei Aufklärung.“ Die „Agence Havas“ ist in der Lage, sich bestimmter auszusprechen und zu erklären, daß die Mächte die Proklamation der Admirale nicht an die Aufständischen gelangen ließ.

Paris, 15. März. In politischen Kreisen verlautet, daß unmittelbar nach der Entscheidung in der französischen Kammer die Aktion der Großmächte in Kreta beginnen wird.

Der „Gclair“ veröffentlicht ein Interview mit dem griechischen Ministerpräsidenten Delanais, welcher der Ansicht ist, daß Aussichten auf Erhaltung des Friedens vorhanden seien. Um die nationale Bewegung einzudämmen zu können, müßten aber dem griechischen Volke irgend welche Zugeständnisse gemacht werden.

Das Kammervotum, welches der heutigen Erklärung des Ministerpräsidenten Hanotaus folgen wird, dürfte das europäische Kongress veranlassen. In dem dem Ministerium des Äußeren nahe stehenden Kreisen ist man über das Ergebnis der heutigen Kammerverhandlung vollständig beruhigt.

Paris, 15. März. Hanotaus theilte heute dem Ministerrath die Erklärung mit, die er in der Kammer abgegeben will. Man nimmt an, er werde voraussichtlich, daß die Einigkeit Europas zur Friedenserhaltung unerschütterlich fortbestehen, und dann die Maßregeln bekannt machen, die Europa vereinbart hat, nämlich eine neue Einladung an Griechenland, seine Truppen und Schiffe zurückzuziehen, Befreiung Kretas durch die Mächte, wenn Griechenland widersteht, Verkinigung der Selbstständigkeit Kretas. Hanotaus wird ausdrücklich betonen, daß er diesen Vorschlägen nur mit Vorbehalt der Genehmigung des Parlaments zugestimmt habe, wird dann jedoch diese Genehmigung verlangen und seinen wie des Kabinetts Mißtraut anknüpfen, wenn sie verweigert wird. Es werden vermuthlich heftige Reden gehalten werden, die Kabinettsfrage wird jedoch die Mehrheit ohne Zweifel genügend erproben, um sie zur Annahme von Hanotaus' Programm zu bestimmen. Alle Mächte, die der Regierung nahe stehen („Figaro“, „Temps“, „Debat“, besonders aber „Matin“) bringen Artikel von gleichem Gedankengang, stellenweise sogar ähnlichem Wortlaut, um gegen Griechenland Stimmung zu machen. Zur „Matin“ Artikel heißt es: „Ist man in Frankreich noch für das Bündnis mit Anland? das ist die Frage, die jetzt zur Verhandlung steht. Will man zeigen, daß eine Demokratie unfähig ist, in einer Entscheidung zu verharren? Wie soll man sich von einem Bündnis Freizügig versprechen, wenn es bei dem geringsten Ereigniß ohne Tragweite alle sechs Monate in Frage gestellt wird? Die fremden Mächte haben alles gethan, um uns mit Anland zu entzweiten. Finden Sie etwa bei uns Gehilfen dieser Tätigkeit? Man lasse es sich gesagt sein: uns aus dem europäischen Einvernehmen zurückziehen, bedeutet den Bruch mit Anland.“ Derselbe „Matin“ bezeichnet als Kniff der letzten Stunde die Erklärung der hiesigen griechischen Gesandtschaft, es sei unwahr, daß Kommandant Meined den Führern der kretischen Aufständischen die Vorschläge der Admirale vorenthalten habe. Gestern ging das Gerücht, Prinz Waldemar von Dänemark sei zum Befehlshaber des selbstständigen Kreta bestimmt; aus Kopenhagen wird dies heute für eine Erfindung erklärt.

Paris, 15. März. (Privat-Telegramm.) Deputiertenkammer. Hanotaus führt aus, daß die Kammer bisher die Friedenspolitik gutgeheißen habe. Die Regierung wünsche nichts weiter, als Festhalten an dieser Politik. Nach Eingehen auf die griechische Antwort auf das Ultimatum der Mächte fährt Hanotaus fort: Um die Ordnung auf Kreta zu erhalten, solle jede der sechs Mächte eventuell noch 500 Mann auf Kreta landen. Wenn Griechenland Vassos' Truppen von Kreta nicht abziehen lasse, würden Zwangsmaßnahmen sofort getroffen. Die Flotade würde eventuell nicht auf Kreta beschränkt, sondern auch auf andere griechische Häfen ausgedehnt werden. Das sei der Plan der Regierung, welchen sie der Kammer unterbreite. (Beifall.) Die Regierung schlage der Kammer vor, an der Pazifikation Kretas und Erhaltung des Friedens festzuhalten. Das europäische Kongress sei ein Tribunal, dem sich der Einzelne beugen müsse. Die Regierung hoffe auf die Zustimmung der Kammer.

Paris, 15. März. (Privat-Telegramm.) In der Kammer sind die Diplomaten fast aller Mächte in den Logen vertreten. Goblet erklärt sich gegen die Zwangspolitik gegen Griechenland, Frankreich würde sonst seine Vergangenheit verleugnen, Frankreich dürfe nicht vergessen, daß seit 25 Jahren das Volk gegen das Recht der Gewalt protestiert. Die Interessen Frankreichs sind nicht im Orient, aber anderswo. de la Fosse bekämpft Goblet. Hanotaus verlangt, daß die Kammer die Politik der Regierung billige, welche lautet: Aufrechterhaltung des Friedens durch das europäische Einvernehmen. Die Mächte wären dahin einverstanden, daß das Verbleiben der Truppen des Obersten Vassos auf Kreta ein Hinderniß für die Wiederherstellung der Ordnung sei, die Mächte wären ferner einig über die Mittel, um ihre Absicht zu realisieren. Das Einvernehmen der Mächte lautet: Autonomie für Kreta, gleichzeitige Zurückziehung der griechischen und der türkischen Truppen mit Ausnahme einiger, die an gewissen Punkten nötig sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wenn Griechenland dies verweigert, werden sofort Zwangsmaßnahmen erfolgen. Die Flotade wird streng durchgeführt und eventuell auch auf die griechischen Inseln und einzelne Punkte des Festlandes ausgedehnt werden. Hanotaus endigte mit der Bitte, die Kammer möge sich nunmehr der Verfassung gemäß über die Haltung der Regierung aussprechen. Hanotaus' Rede war mehrfach von Tumult links unterbrochen. Willens bekämpft energisch die Regierung. Die Kammer billigt mit 356 gegen 143 Stimmen die Erklärungen der Regierung.

London, 15. März. Nach einer Meldung der „Times“ aus Kanea vom gestrigen Tage wird in dortigen amtlichen Kreisen angenommen, daß die streng durchgeführte Flotade der Insel heute beginnen werde.

London, 15. März. Die „Daily News“ melden vom gestrigen Tage aus Kanea, daß der britische Konsul die Weisung erhalten hat, in Gemeinschaft mit den anderen Konsulen eine Proklamation auszusprechen, in welcher den Kretern die von den Mächten geplante Autonomie ausgedehnt werden soll.

London, 15. März. Nach einer Meldung des „Standard“ aus Kanea vom gestrigen Tage brachte ein russischer Kreuzer die Nachricht, daß die Aufständischen am 13. d. Kiffamo Kastell bombardierten. Die Stadt habe in der letzten Nacht an verschiedenen Stellen gebrannt.

Das „Kreuzer-Bureau“ meldet vom gestrigen Tage aus Kanea, daß Major Jusuf Bey vorläufig zum Obersten der türkischen Gendarmerie ernannt worden ist.

London, 15. März. Wie die „Times“ aus Kreta melden, hat die alte reaktionäre Partei einen Ausbruch gebildet, um Gelder für die türkische Armee zu sammeln. Es seien bereits 1400 Pfund Sterling gezeichnet worden. An der Spitze des Ausschusses steht Niaz Pascha.

Konstantinopel, 15. März. Hier erhält sich das Gerücht, daß das Kabinet Rifaat gestürzt und durch ein Reform-Ministerium unter Said Pascha ersetzt werden wird.

Konstantinopel, 14. März. Von einem dem griechischen Gesandten Manoufodora nahe stehenden Seite wird erklärt, daß Griechenland, falls Europa mit der Flotade Ernst macht, nachgegeben bereit sei, da es weder die Folgen derselben ertragen, noch einen Krieg beginnen könne.

Philippopol, 14. März. In Adrianopel wird eifrig gerüstet; wie verlautet, hat der türkische Kriegsminister die Errichtung eines verschanzten Lagers vor der Stadt angeordnet.

Atten, 15. März. Meldung der „Agence Havas“: Gestern Abend wurden in Kiffamo Gewehrschüsse gewechselt, die Stadt steht an mehreren Stellen in Flammen.

Kanea, 14. März. Meldung der „Agence Havas“: In Folge von Ausrichtungen der mohamedanischen Bevölkerung in Herakleion richteten die Konsulen an die Admirale das Ersuchen, gemischte Truppenabteilungen landen zu lassen.

2000 mohamedanische Flüchtlinge aus Sitia werden erwartet. Hier herrscht unter den Mohomedanern große Erbitterung wegen der vollständigen Auslöschung der in Selino befreiten Türken. Die wenigen heute nach Samos sich einschiffenden Christen wurden thätlich bedroht, ihre Habsgüter in das Meer geworfen und der Regierung durch ein Komitee der Vassibozuks mitgeteilt, daß fernerhin jede Ausfuhr christlicher Waaren aus Kandia gewaltsam verhindert werden werde. Die Vassibozuks halten den Hafen in bedeutender Anzahl besetzt. Ein italienischer hier liegender Segler mußte die Weiterfahrt einstellen. Viele christliche Häuser und Magazine sind ausgeraubt. Die Regierung und die fremden Kriegsschiffe verhalten sich unthätig. Die türkischen Notablen vertheilen bedeutende Mengen Mehl unter die nothleidenden Familien.

Paris, 15. März. (Privat-Telegramm.) Deputiertenkammer. Hanotaus führt aus, daß die Kammer bisher die Friedenspolitik gutgeheißen habe. Die Regierung wünsche nichts weiter, als Festhalten an dieser Politik. Nach Eingehen auf die griechische Antwort auf das Ultimatum der Mächte fährt Hanotaus fort: Um die Ordnung auf Kreta zu erhalten, solle jede der sechs Mächte eventuell noch 500 Mann auf Kreta landen. Wenn Griechenland Vassos' Truppen von Kreta nicht abziehen lasse, würden Zwangsmaßnahmen sofort getroffen. Die Flotade würde eventuell nicht auf Kreta beschränkt, sondern auch auf andere griechische Häfen ausgedehnt werden. Das sei der Plan der Regierung, welchen sie der Kammer unterbreite. (Beifall.) Die Regierung schlage der Kammer vor, an der Pazifikation Kretas und Erhaltung des Friedens festzuhalten. Das europäische Kongress sei ein Tribunal, dem sich der Einzelne beugen müsse. Die Regierung hoffe auf die Zustimmung der Kammer.

Paris, 15. März. (Privat-Telegramm.) In der Kammer sind die Diplomaten fast aller Mächte in den Logen vertreten. Goblet erklärt sich gegen die Zwangspolitik gegen Griechenland, Frankreich würde sonst seine Vergangenheit verleugnen, Frankreich dürfe nicht vergessen, daß seit 25 Jahren das Volk gegen das Recht der Gewalt protestiert. Die Interessen Frankreichs sind nicht im Orient, aber anderswo. de la Fosse bekämpft Goblet. Hanotaus verlangt, daß die Kammer die Politik der Regierung billige, welche lautet: Aufrechterhaltung des Friedens durch das europäische Einvernehmen. Die Mächte wären dahin einverstanden, daß das Verbleiben der Truppen des Obersten Vassos auf Kreta ein Hinderniß für die Wiederherstellung der Ordnung sei, die Mächte wären ferner einig über die Mittel, um ihre Absicht zu realisieren. Das Einvernehmen der Mächte lautet: Autonomie für Kreta, gleichzeitige Zurückziehung der griechischen und der türkischen Truppen mit Ausnahme einiger, die an gewissen Punkten nötig sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wenn Griechenland dies verweigert, werden sofort Zwangsmaßnahmen erfolgen. Die Flotade wird streng durchgeführt und eventuell auch auf die griechischen Inseln und einzelne Punkte des Festlandes ausgedehnt werden. Hanotaus endigte mit der Bitte, die Kammer möge sich nunmehr der Verfassung gemäß über die Haltung der Regierung aussprechen. Hanotaus' Rede war mehrfach von Tumult links unterbrochen. Willens bekämpft energisch die Regierung. Die Kammer billigt mit 356 gegen 143 Stimmen die Erklärungen der Regierung.

London, 15. März. Nach einer Meldung der „Times“ aus Kanea vom gestrigen Tage wird in dortigen amtlichen Kreisen angenommen, daß die streng durchgeführte Flotade der Insel heute beginnen werde.

London, 15. März. Die „Daily News“ melden vom gestrigen Tage aus Kanea, daß der britische Konsul die Weisung erhalten hat, in Gemeinschaft mit den anderen Konsulen eine Proklamation auszusprechen, in welcher den Kretern die von den Mächten geplante Autonomie ausgedehnt werden soll.

Paris, 15. März. (Privat-Telegramm.) In der Kammer sind die Diplomaten fast aller Mächte in den Logen vertreten. Goblet erklärt sich gegen die Zwangspolitik gegen Griechenland, Frankreich würde sonst seine Vergangenheit verleugnen, Frankreich dürfe nicht vergessen, daß seit 25 Jahren das Volk gegen das Recht der Gewalt protestiert. Die Interessen Frankreichs sind nicht im Orient, aber anderswo. de la Fosse bekämpft Goblet. Hanotaus verlangt, daß die Kammer die Politik der Regierung billige, welche lautet: Aufrechterhaltung des Friedens durch das europäische Einvernehmen. Die Mächte wären dahin einverstanden, daß das Verbleiben der Truppen des Obersten Vassos auf Kreta ein Hinderniß für die Wiederherstellung der Ordnung sei, die Mächte wären ferner einig über die Mittel, um ihre Absicht zu realisieren. Das Einvernehmen der Mächte lautet: Autonomie für Kreta, gleichzeitige Zurückziehung der griechischen und der türkischen Truppen mit Ausnahme einiger, die an gewissen Punkten nötig sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wenn Griechenland dies verweigert, werden sofort Zwangsmaßnahmen erfolgen. Die Flotade wird streng durchgeführt und eventuell auch auf die griechischen Inseln und einzelne Punkte des Festlandes ausgedehnt werden. Hanotaus endigte mit der Bitte, die Kammer möge sich nunmehr der Verfassung gemäß über die Haltung der Regierung aussprechen. Hanotaus' Rede war mehrfach von Tumult links unterbrochen. Willens bekämpft energisch die Regierung. Die Kammer billigt mit 356 gegen 143 Stimmen die Erklärungen der Regierung.

London, 15. März. Nach einer Meldung der „Times“ aus Kanea vom gestrigen Tage wird in dortigen amtlichen Kreisen angenommen, daß die streng durchgeführte Flotade der Insel heute beginnen werde.

London, 15. März. Die „Daily News“ melden vom gestrigen Tage aus Kanea, daß der britische Konsul die Weisung erhalten hat, in Gemeinschaft mit den anderen Konsulen eine Proklamation auszusprechen, in welcher den Kretern die von den Mächten geplante Autonomie ausgedehnt werden soll.

London, 15. März. Nach einer Meldung des „Standard“ aus Kanea vom gestrigen Tage brachte ein russischer Kreuzer die Nachricht, daß die Aufständischen am 13. d. Kiffamo Kastell bombardierten. Die Stadt habe in der letzten Nacht an verschiedenen Stellen gebrannt.

Das „Kreuzer-Bureau“ meldet vom gestrigen Tage aus Kanea, daß Major Jusuf Bey vorläufig zum Obersten der türkischen Gendarmerie ernannt worden ist.

London, 15. März. Wie die „Times“ aus Kreta melden, hat die alte reaktionäre Partei einen Ausbruch gebildet, um Gelder für die türkische Armee zu sammeln. Es seien bereits 1400 Pfund Sterling gezeichnet worden. An der Spitze des Ausschusses steht Niaz Pascha.

Konstantinopel, 15. März. Hier erhält sich das Gerücht, daß das Kabinet Rifaat gestürzt und durch ein Reform-Ministerium unter Said Pascha ersetzt werden wird.

Konstantinopel, 14. März. Von einem dem griechischen Gesandten Manoufodora nahe stehenden Seite wird erklärt, daß Griechenland, falls Europa mit der Flotade Ernst macht, nachgegeben bereit sei, da es weder die Folgen derselben ertragen, noch einen Krieg beginnen könne.

Philippopol, 14. März. In Adrianopel wird eifrig gerüstet; wie verlautet, hat der türkische Kriegsminister die Errichtung eines verschanzten Lagers vor der Stadt angeordnet.

Atten, 15. März. Meldung der „Agence Havas“: Gestern Abend wurden in Kiffamo Gewehrschüsse gewechselt, die Stadt steht an mehreren Stellen in Flammen.

Kanea, 14. März. Meldung der „Agence Havas“: In Folge von Ausrichtungen der mohamedanischen Bevölkerung in Herakleion richteten die Konsulen an die Admirale das Ersuchen, gemischte Truppenabteilungen landen zu lassen.

2000 mohamedanische Flüchtlinge aus Sitia werden erwartet. Hier herrscht unter den Mohomedanern große Erbitterung wegen der vollständigen Auslöschung der in Selino befreiten Türken. Die wenigen heute nach Samos sich einschiffenden Christen wurden thätlich bedroht, ihre Habsgüter in das Meer geworfen und der Regierung durch ein Komitee der Vassibozuks mitgeteilt, daß fernerhin jede Ausfuhr christlicher Waaren aus Kandia gewaltsam verhindert werden werde. Die Vassibozuks halten den Hafen in bedeutender Anzahl besetzt. Ein italienischer hier liegender Segler mußte die Weiterfahrt einstellen. Viele christliche Häuser und Magazine sind ausgeraubt. Die Regierung und die fremden Kriegsschiffe verhalten sich unthätig. Die türkischen Notablen vertheilen bedeutende Mengen Mehl unter die nothleidenden Familien.

Paris, 15. März. (Privat-Telegramm.) Deputiertenkammer. Hanotaus führt aus, daß die Kammer bisher die Friedenspolitik gutgeheißen habe. Die Regierung wünsche nichts weiter, als Festhalten an dieser Politik. Nach Eingehen auf die griechische Antwort auf das Ultimatum der Mächte fährt Hanotaus fort: Um die Ordnung auf Kreta zu erhalten, solle jede der sechs Mächte eventuell noch 500 Mann auf Kreta landen. Wenn Griechenland Vassos' Truppen von Kreta nicht abziehen lasse, würden Zwangsmaßnahmen sofort getroffen. Die Flotade würde eventuell nicht auf Kreta beschränkt, sondern auch auf andere griechische Häfen ausgedehnt werden. Das sei der Plan der Regierung, welchen sie der Kammer unterbreite. (Beifall.) Die Regierung schlage der Kammer vor, an der Pazifikation Kretas und Erhaltung des Friedens festzuhalten. Das europäische Kongress sei ein Tribunal, dem sich der Einzelne beugen müsse. Die Regierung hoffe auf die Zustimmung der Kammer.

Paris, 15. März. (Privat-Telegramm.) In der Kammer sind die Diplomaten fast aller Mächte in den Logen vertreten. Goblet erklärt sich gegen die Zwangspolitik gegen Griechenland, Frankreich würde sonst seine Vergangenheit verleugnen, Frankreich dürfe nicht vergessen, daß seit 25 Jahren das Volk gegen das Recht der Gewalt protestiert. Die Interessen Frankreichs sind nicht im Orient, aber anderswo. de la Fosse bekämpft Goblet. Hanotaus verlangt, daß die Kammer die Politik der Regierung billige, welche lautet: Aufrechterhaltung des Friedens durch das europäische Einvernehmen. Die Mächte wären dahin einverstanden, daß das Verbleiben der Truppen des Obersten Vassos auf Kreta ein Hinderniß für die Wiederherstellung der Ordnung sei, die Mächte wären ferner einig über die Mittel, um ihre Absicht zu realisieren. Das Einvernehmen der Mächte lautet: Autonomie für Kreta, gleichzeitige Zurückziehung der griechischen und der türkischen Truppen mit Ausnahme einiger, die an gewissen Punkten nötig sind, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Wenn Griechenland dies verweigert, werden sofort Zwangsmaßnahmen erfolgen. Die Flotade wird streng durchgeführt und eventuell auch auf die griechischen Inseln und einzelne Punkte des Festlandes ausgedehnt werden. Hanotaus endigte mit der Bitte, die Kammer möge sich nunmehr der Verfassung gemäß über die Haltung der Regierung aussprechen. Hanotaus' Rede war mehrfach von Tumult links unterbrochen. Willens bekämpft energisch die Regierung. Die Kammer billigt mit 356 gegen 143 Stimmen die Erklärungen der Regierung.

London, 15. März. Nach einer Meldung der „Times“ aus Kanea vom gestrigen Tage wird in dortigen amtlichen Kreisen angenommen, daß die streng durchgeführte Flotade der Insel heute beginnen werde.

London, 15. März. Die „Daily News“ melden vom gestrigen Tage aus Kanea, daß der britische Konsul die Weisung erhalten hat, in Gemeinschaft mit den anderen Konsulen eine Proklamation auszusprechen, in welcher den Kretern die von den Mächten geplante Autonomie ausgedehnt werden soll.

London, 15. März. Nach einer Meldung des „Standard“ aus Kanea vom gestrigen Tage brachte ein russischer Kreuzer die Nachricht, daß die Aufständischen am 13. d. Kiffamo Kastell bombardierten. Die Stadt habe in der letzten Nacht an verschiedenen Stellen gebrannt.

Das „Kreuzer-Bureau“ meldet vom gestrigen Tage aus Kanea, daß Major Jusuf Bey vorläufig zum Obersten der türkischen Gendarmerie ernannt worden ist.

London, 15. März. Wie die „Times“ aus Kreta melden, hat die alte reaktionäre Partei einen Ausbruch gebildet, um Gelder für die türkische Armee zu sammeln. Es seien bereits 1400 Pfund Sterling gezeichnet worden. An der Spitze des Ausschusses steht Niaz Pascha.

Konstantinopel, 15. März. Hier erhält sich das Gerücht, daß das Kabinet Rifaat gestürzt und durch ein Reform-Ministerium unter Said Pascha ersetzt werden wird.

Konstantinopel, 14. März. Von einem dem griechischen Gesandten Manoufodora nahe stehenden Seite wird erklärt, daß Griechenland, falls Europa mit der Flotade Ernst macht, nachgegeben bereit sei, da es weder die Folgen derselben ertragen, noch einen Krieg beginnen könne.

Philippopol, 14. März. In Adrianopel wird eifrig gerüstet; wie verlautet, hat der türkische Kriegsminister die Errichtung eines verschanzten Lagers vor der Stadt angeordnet.

Atten, 15. März. Meldung der „Agence Havas“: Gestern Abend wurden in Kiffamo Gewehrschüsse gewechselt, die Stadt steht an mehreren Stellen in Flammen.

Kanea, 14. März. Meldung der „Agence Havas“: In Folge von Ausrichtungen der mohamedanischen Bevölkerung in Herakleion richteten die Konsulen an die Admirale das Ersuchen, gemischte Truppenabteilungen landen zu lassen.

2000 mohamedanische Flüchtlinge aus Sitia werden erwartet. Hier herrscht unter den Mohomedanern große Erbitterung wegen der vollständigen Auslöschung der in Selino befreiten Türken. Die wenigen heute nach Samos sich einschiffenden Christen wurden thätlich bedroht, ihre Habsgüter in das Meer geworfen und der Regierung durch ein Komite

Bergwerk- und Güttenzeilelfhaften.			
g. Bv.	5% 123,250	Hibernia 5 1/2 % 174,400	
g. Bv. A.	— 88,050	Süd. Bv.	0 —
g. Bv. C.	4% 153,250	Süd. cam.	0 11,500
g. Bv. D.	0 122,600	Süd. St. B.	44,250
g. Bv. E.	6% 147,250	Süd.	7% —
g. Bv. F.	— —	Süd. Bv.	4% 157,250
g. Bv. G.	0% 47,600	Süd. Bv. C.	0 95,000
g. Bv. H.	6% 103,500	Süd. Bv. D.	6 111,100
g. Bv. I.	0 45,350	Süd. Bv. E.	1% 94,500

Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.	
g. Bv. A.	4% 100,400
g. Bv. B.	4% —
g. Bv. C.	4% —
g. Bv. D.	4% —
g. Bv. E.	4% —
g. Bv. F.	4% —
g. Bv. G.	4% —
g. Bv. H.	4% —
g. Bv. I.	4% —
g. Bv. J.	4% —
g. Bv. K.	4% —
g. Bv. L.	4% —
g. Bv. M.	4% —
g. Bv. N.	4% —
g. Bv. O.	4% —
g. Bv. P.	4% —
g. Bv. Q.	4% —
g. Bv. R.	4% —
g. Bv. S.	4% —
g. Bv. T.	4% —
g. Bv. U.	4% —
g. Bv. V.	4% —
g. Bv. W.	4% —
g. Bv. X.	4% —
g. Bv. Y.	4% —
g. Bv. Z.	4% —

Eisenbahn-Stamm-Prioritäten.	
g. Bv. A.	4% 123,750
g. Bv. B.	5% 124,350
g. Bv. C.	5% 119,800

25 646 757 940
 210708 231 40 321 524 712 29 56 21018 19 38
 114 20 267 373 99 521 926 2116 716 525 633
 807 (3000) 75 227 53 9240 59 541 57 948
 9089 148 93 206 26 401 17 32 63 674 756 66
 2 48 99 25078 169 229 302 421 536 62 84 654
 7 829 22016 19 82 139 803 74 87 518 800 2
 944 80 27 96 279 329 411 506 695 752 54 98
 0 75 25106 381 400 706 21050 527 (200) 90
 9 90 777 804 70 951
 21047 200 98 334 73 531 92 616 68 700 (1500)
 2 (30000) 32 51 31023 112 46 366 41 705
 32 126 43 93 240 316 533 75 77 899 33120
 479 611 70 339 200 63 73 96 21253 313
 828 73 922 21049 288 432 (200) 509 53 56
 955 215344 535 41 739 856 21022 79 116
 224 54 362 95 571 700 15 72 828 21020 141
 86 319 26 423 63 643 97 210102 31 209 (200)
 52 58 86 (200) 369 583 92 672 725 54 852 948
 21078 250 96 349 467 511 48 659 923 57
 220032 576 720 73 813 58 905 92 221001
 169 249 312 457 (300) 521 634 714 32 42 83 85
 803 (200) 924 41 22182 262 35 309 425 694
 637 704 74 986 (300) 22013 65 195 246 61
 87 409 50 947 220387 43 325 418 54 668 50
 710 55 940 93 225261 387